



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



11735/09 (Presse 207)

(OR. en)

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

2954. Tagung des Rates

Wirtschaft und Finanzen

Brüssel, den 7. Juli 2009

Präsident

Anders BORG
Minister der Finanzen Schwedens

P R E S S E

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6319 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026
press.office@consilium.europa.eu <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

11735/09 (Presse 207)

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Der Rat hat **Verfahren wegen übermäßiger Defizite** für **Lettland, Litauen, Malta, Polen und Rumänien** eröffnet und in diesem Zusammenhang Empfehlungen für Maßnahmen zur **Korrektur** des Defizits ausgesprochen; ferner hat er eine überarbeitete Empfehlung **an Ungarn** für Maßnahmen zur Korrektur seines übermäßigen Defizits gerichtet.*

*Er hat Schlussfolgerungen zur **Prozyklizität** angenommen; dieser Begriff bezeichnet die spürbare Verschlimmerung von Schwankungen auf flüchtigen Finanzmärkten. In den Schlussfolgerungen werden die laufenden Arbeiten bewertet, die auf eine Verringerung der **prozyklischen** Effekte der Finanzregulierung abzielen, beispielsweise was die Eigenkapitalanforderungen für Banken und die Rechnungslegungsstandards sowie die Vergütungsregelungen im Finanzsektor anbelangt.*

*Der Rat hat im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms ein Programm zur finanziellen **Unterstützung** von **47 Vorhaben im Energiebereich** in Höhe von insgesamt 3,98 Milliarden EUR für 2009 und 2010 angenommen.*

*Er hat zudem eine Reihe von **Stabilitäts- und Konvergenzprogrammen** der Mitgliedstaaten geprüft.*

INHALT¹

TEILNEHMER.....	5
------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

ARBEITSPROGRAMM DES VORSITZES	7
MASSNAHMEN IM ANSCHLUSS AN DIE JUNI-TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES	8
VORBEREITUNG DER G20-TAGUNGEN.....	9
PROZYKLIZITÄT UND REGULIERUNG DER FINANZDIENSTLEISTUNGEN	10
STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT	14
Verfahren bei einem übermäßigen Defizit: Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen und Rumänien.....	14
Jährliche Aktualisierungen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten.....	15
SONSTIGES.....	16
Mittelfristige Haushaltsziele.....	16
TREFFEN AM RANDE DER RATSTAGUNG.....	17

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

– Garantieleistung zugunsten der EIB für Vorhaben außerhalb der EU	18
– Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung	18

JUSTIZ UND INNERES

– Zivilrecht – Bilaterale Abkommen mit Drittstaaten	18
---	----

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

HANDELSPOLITIK

- Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen gegen Einfuhren von Biodiesel aus den Vereinigten Staaten 19
- EU-Regelung für Einfuhren aus bestimmten Drittländern 19

ENERGIE

- Europäisches Programm zur Konjunkturbelebung – Vorhaben im Energiebereich 20

BINNENMARKT

- Zwei- und dreirädrige Kraftfahrzeuge – Typgenehmigung 21
- Öffentliche Aufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit 21

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

- Ausweitung der Programme EGNOS und Galileo auf Island und Norwegen 22

BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

- Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten 22

LANDWIRTSCHAFT

- Handelsregelung der EU für Eialbumin und Milchalbumin 23

FISCHEREI

- Bestandserhaltungsmaßnahmen – Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik 23

TRANSPARENZ

- Transparenz – Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten 23

ERNENNUNGEN

- Ausschuss der Regionen 24

SCHRIFTLICHES VERFAHREN

- Gericht erster Instanz 24

TEILNEHMER

Die Regierungen der Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission waren wie folgt vertreten:

Belgien:

Didier REYNDERS

Vizepremierminister und Minister der Finanzen und der Institutionellen Reformen

Bulgarien:

Boyko KOTZEV

Ständiger Vertreter

Tschechische Republik:

Eduard JANOTA

Minister der Finanzen

Dänemark:

Poul Skytte CHRISTOFFERSEN

Ständiger Vertreter

Deutschland:

Peer STEINBRÜCK

Bundesminister der Finanzen

Estland:

Jürgen LIGI

Minister der Finanzen

Irland:

Rory MONTGOMERY

Ständiger Vertreter

Griechenland:

Ioannis PAPATHANASIOU

Minister für Wirtschaft und Finanzen

Spanien:

Elena SALGADO

Zweite stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Wirtschaft und Finanzen

Frankreich:

Christine LAGARDE

Ministerin für Wirtschaft, Industrie und Beschäftigung

Italien:

Giulio TREMONTI

Minister für Wirtschaft und Finanzen

Zypern:

Charilaos STAVRAKIS

Minister der Finanzen

Lettland:

Einars REPŠE

Minister der Finanzen

Litauen:

Rytis MARTIKONIS

Ständiger Vertreter

Luxemburg:

Christian BRAUN

Ständiger Vertreter

Ungarn:

Almos KOVÁCS

Unterstaatssekretär, Ministerium der Finanzen

Malta:

Tonio FENECH

Minister für Finanzen, Wirtschaft und Investitionen

Niederlande:

Wouter BOS

Minister der Finanzen, stellvertretender Ministerpräsident

Österreich:

Josef PRÖLL

Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen

Polen:

Jacek DOMINIK

Unterstaatssekretär, Ministerium der Finanzen

Portugal:

Fernando TEIXEIRA DOS SANTOS

Ministro de Estado, Minister der Finanzen

Rumänien:

Cosmin COMAN

Staatssekretär, Ministerium für öffentliche Finanzen

Slowenien:

Franc KRIZANIČ

Minister der Finanzen

Slowakei:

Peter KAZIMÍR

Staatssekretär, Ministerium der Finanzen

Finnland:

Velipekka NUMMIKOSKI

Staatssekretär, Ministerium der Finanzen

Schweden:

Anders BORG

Minister der Finanzen

Per JANSSON

Staatssekretär beim Minister der Finanzen

Vereinigtes Königreich:

Kim DARROCH

Ständiger Vertreter

Kommission:

Joaquín ALMUNIA

Mitglied

Charlie MCCREEVY

Mitglied

Andere Teilnehmer:

Jean-Claude TRICHET

Präsident der Europäischen Zentralbank

Philippe MAYSTADT

Präsident der Europäischen Investitionsbank

Thomas WIESER

Vizepräsident des Wirtschafts- und Finanzausschusses

Christian KASTROP

Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses

ERÖRTERTE PUNKTE

ARBEITSPROGRAMM DES VORSITZES

Der Rat hat die Erläuterungen des schwedischen Vorsitzes zu seinem Arbeitsprogramm für Wirtschafts- und Finanzfragen für die Dauer seiner Amtszeit, also für die Zeit von Juli bis Dezember 2009, zur Kenntnis genommen (*Dok.* [11444/09](#)). Er hat einen kurzen Meinungsaustausch zu diesem Thema geführt.

Seit dem letzten Herbst sieht sich die europäische Wirtschaft beispiellosen Herausforderungen gegenüber. Turbulenzen auf den Kapital- und Kreditmärkten, mit denen ein weltweiter Rückgang der Nachfrage und ein hohes Maß an Ungewissheit einhergehen, haben zum drastischsten Konjunkturrückgang seit den dreißiger Jahren geführt.

Die EU und die Mitgliedstaaten haben gemeinsam gehandelt, um die Krise zu bewältigen. Ein breites Spektrum von Maßnahmen wurde ergriffen, um das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherzustellen, und der Europäische Rat hat sich auf ein Konjunkturprogramm geeinigt, mit dem die Auswirkungen der Krise auf Wachstum und Beschäftigung abgemildert wurden. Der schwedische Vorsitz wird die Umsetzung dieser Maßnahmen weiterverfolgen und weitere Maßnahmen zur Erleichterung eines raschen, aber nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwungs fördern.

Was die Arbeit des Rates (Wirtschaft und Finanzen) anbelangt, so sieht das Programm des Vorsitzes folgende Prioritäten vor:

- Verbesserung der Beaufsichtigung und Regulierung der Finanzmärkte;
- Gesundung der öffentlichen Finanzen;
- Bewältigung der Herausforderungen des Arbeitsmarktes;
- Verstärkung der Lissabonner Strategie der EU für Wachstum und Beschäftigung nach 2010;
- Voranbringen der internationalen Klimaverhandlungen.

Die Vorbereitungsarbeiten für das G20-Gipfeltreffen in Pittsburgh (Vereinigte Staaten) am 24. und 25. September 2009 zählen ebenfalls zu den Prioritäten des Vorsitzes.

MASSNAHMEN IM ANSCHLUSS AN DIE JUNI-TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES

Der Rat hat sich einen Überblick über die Maßnahmen verschafft, die im Anschluss an die Juni-Tagung des Europäischen Rates insbesondere im Hinblick auf die Beaufsichtigung der Finanzinstitute und die internationale Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen sind.

Der Europäische Rat hatte sich auf seiner Tagung vom 18./19. Juni 2009 auf eine neue Aufsichtsstruktur geeinigt, die auf der Grundlage der Empfehlungen einer hochrangigen Reflexionsgruppe unter dem Vorsitz von Jacques de Larosière¹ auf europäischer Ebene eingerichtet werden soll. Der neue Rahmen soll die Aufsicht verstärken und das Vertrauen in das Finanzsystem nach der globalen Finanzkrise wiederherstellen. Er sieht die Schaffung eines Europäischen Ausschusses für Systemrisiken, der kontinuierlich die Stabilität des Finanzsystems als Ganzes bewerten soll, und von drei Finanzaufsichtsbehörden für den Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor vor, die in einem Netz mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten.

Die Kommission sollte im Frühherbst Rechtsetzungsvorschläge zur Schaffung des neuen Rahmens vorlegen.

Der Europäische Rat hatte auf seiner Juni-Tagung auch die Ziele bestätigt, die im Rahmen der Aushandlung eines neuen globalen und umfassenden Klimaschutzübereinkommens für die Zeit nach 2012 im Dezember 2009 in Kopenhagen anzustreben sind. In den vom Rat auf seiner Tagung vom 9. Juni 2009 angenommenen Schlussfolgerungen wird dargelegt, welche Anstrengungen die EU in dieser Hinsicht von den Industrieländern und den Entwicklungsländern erwartet.

Der Europäische Rat hat die Absicht des künftigen Vorsitzes begrüßt, in enger Zusammenarbeit mit der Kommission ein Arbeitsprogramm zu erstellen.

¹ Ehemaliger geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds.

VORBEREITUNG DER G20-TAGUNGEN

Der Vorsitz hat den Rat darüber informiert, wie er bei der Vorbereitung der für September anberaumten G20-Tagungen vorzugehen gedenkt. Der Rat wurde zudem über die Ergebnisse des Treffens der stellvertretenden Finanzminister der G20 vom 27./28. Juni 2009 unterrichtet.

Daraufhin hat der Rat einen kurzen Gedankenaustausch geführt.

Bei einer für den 3./4. September 2009 vorgesehenen Tagung der G20-Finanzminister und der Gouverneure der Zentralbanken soll das Treffen der Führer der G20 vorbereitet werden, das am 24./25. September 2009 in Pittsburgh (Vereinigte Staaten) als Teil eines laufenden Prozesses stattfindet, mit dem das Vertrauen in die Wirtschaft und die Finanzmarktstabilität weltweit wiederhergestellt werden sollen.

Beim Pittsburgher Gipfel treffen die Staats- und Regierungschefs von Industrie- und Schwellenländern mit den Vertretern internationaler Finanzinstitutionen zusammen. Dieser Gipfel schließt sich an das Gipfeltreffen vom November 2008 in Washington, das die erste Tagung der G20 auf höchster Ebene war, und an das Gipfeltreffen vom April 2009 in London an.

Die EU-Finanzminister werden am 2. September 2009 in Brüssel bei einem informellen Arbeitssessen die G20-Tagungen vorbereiten.

PROZYKLIZITÄT UND REGULIERUNG DER FINANZDIENSTLEISTUNGEN

Der Rat hat auf Grundlage eines Berichts des Wirtschafts- und Finanzausschusses einen Gedankenaustausch darüber geführt, wie sich die Prozyklizität auf den Finanzmärkten verringern lässt (Dok. [11479/09](#)).

Mit dem Begriff Prozyklizität wird die spürbare Verschlimmerung von Schwankungen auf flüchtigen Märkten bezeichnet. Die Diskussion konzentrierte sich auf die möglichen prozyklischen Effekte der Regulierung, insbesondere was die Eigenkapitalanforderungen für Banken und die Rechnungslegungsstandards sowie die Vergütungsregelungen im Finanzsektor anbelangt.

Der Rat hat folgende Schlussfolgerungen angenommen:

- "1. Der Wirtschafts- und Finanzausschuss (WFA) hat im Anschluss an die informelle Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom September 2008 eine Arbeitsgruppe "Prozyklizität" mit dem Auftrag eingesetzt, einen Beitrag zu den laufenden Arbeiten auf internationaler Ebene zu leisten und u.a. festzulegen, wie und mit welchen Instrumenten die EU die vom Rat für Finanzstabilität (FSB) ermittelten Punkte berücksichtigen könnte, und zu erwägen, wie die makroökonomische Ausrichtung der Finanzaufsicht weiterentwickelt werden kann. Die Arbeitsgruppe hat nun ihren Bericht fertiggestellt, in dem mögliche politische Maßnahmen zur Verringerung der Prozyklizität im Finanzsektor dargelegt werden. Unterdessen sind die internationalen Gremien in der Erklärung des G20-Gipfels vom November 2008 aufgerufen worden, das Problem der Prozyklizität anzugehen, indem sie deren Effekte durch regulierungspolitische Maßnahmen mindern und indem sie ferner prüfen, wie Bewertungen und Fremdverschuldung, Eigenkapital der Banken, Vergütungsregelungen und Rückstellungspraktiken zyklische Tendenzen verstärken können. Diese Ziele wurden auf dem letzten G20-Gipfel im April 2009 bekräftigt und vom Europäischen Rat auf seiner Tagung vom 18./19. Juni 2009 unterstrichen.

2. Der Rat BEGRÜSST den Bericht der Arbeitsgruppe "Prozyklizität", der sich auf vier wesentliche Bereiche politischer Maßnahmen konzentriert, mit denen potenzielle prozyklische Effekte der Regulierung der Finanzmärkte verringert und antizyklische Maßnahmen entwickelt werden sollen: i) die Überwachung der Systemrisiken; ii) der Aufbau von antizyklischen Puffern durch Eigenkapital und Rückstellungen; iii) die Verbesserung der Rechnungslegungsvorschriften und iv) die Festlegung eines vernünftigen Rahmens für die Vergütungsregelungen. In dem Bericht wird der Schwerpunkt darauf gelegt, wie ein Konzept der Finanzaufsicht auf Makroebene durch verschiedene Mittel entwickelt werden kann, u.a. durch Aufnahme automatischer Stabilisatoren in die Regulierung und durch bessere Informationen über die Grundlage für diskretionäre Aufsichtsmaßnahmen sowie Änderungen der Regulierung im Rahmen einer verstärkten Überwachung.

3. Der Rat IST SICH DARIN EINIG, dass die Systemrisiken überwacht werden müssen und dass sichergestellt werden muss, dass geeignete Instrumente und Methoden zur Verfügung stehen, um die Überwachung der Finanzaufsicht auf Makroebene weiterzuentwickeln. Der Rat BETONT, dass dieser Ansatz nur dann wirksam sein wird, wenn die auf der Grundlage dieser Überwachung ergangenen Empfehlungen in konkrete politische Maßnahmen umgesetzt werden, wo dies erforderlich ist. Der Europäische Ausschuss für Systemrisiken (ESRB), der gemäß den Leitlinien des Rates (Wirtschaft und Finanzen) und des Europäischen Rates vom Juni 2009 eingesetzt werden wird, wird dabei eine bedeutende Rolle spielen.

4. Der Rat IST SICH DARIN EINIG, dass das Fehlen antizyklischer Puffer und die mangelnde Flexibilität der Rechnungslegungsregeln im Hinblick auf Rückstellungen während des gesamten Zyklus wesentlich zur Verschärfung der Finanzkrise beigetragen haben. Der Rat UNTERSTREICHT, dass diese Fragen dringend und ernsthaft angegangen werden müssen.

5. Der Rat UNTERSTÜTZT die Einführung des Konzepts der vorausschauenden Rückstellungen, das darin besteht, aus in guten Zeiten erzielten Gewinnen Reserven anzulegen, um erwartete Verluste aus dem Kreditbestand abzudecken, und das zu einer Eindämmung der prozyklischen Effekte beitragen würde (einschließlich Entwicklung von Modellen für dynamische Rückstellungen). In Rechnungslegungsvorschriften wie den internationalen Finanzberichterstattungsnormen (IFRS) werden erwartete Verluste derzeit nicht anerkannt. Das IASB (International Accounting Standards Board) wird bis Oktober 2009 einen Entwurf über die Frage der Rückstellungen, einschließlich der Erwägung eines Modells für erwartete Verluste, vorlegen. Die Anerkennung erwarteter Verluste würde die Bildung von Rückstellungen in guten Zeiten ermöglichen, die dann in schlechten Zeiten verwendet werden können; sie würde zu einer besseren Einschätzung der tatsächlichen Gewinne in guten Zeiten beitragen, die finanziellen Anreize für Manager hinsichtlich ihrer Vergütung anpassen, den Anlegern die zugrunde liegenden Risiken besser verdeutlichen und die Kohärenz zwischen Rechnungslegungsvorschriften und Aufsichtsregeln weiter verstärken. Gemäß den Empfehlungen des G20-Gipfels von London und den Aufrufen der Bankenaufsichtsgremien und des FSB an die Einrichtungen für die Festlegung von Standards IST der Rat daher DER AUFFASSUNG, dass die Einrichtungen für die Festlegung von Standards sich vorrangig um die Änderung der bestehenden Rechnungslegungsvorschriften kümmern und mehr Flexibilität im Hinblick auf Rückstellungen für erwartete Verluste vorsehen sollten.

6. Die Anwendung solcher Rückstellungen wird zwar ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sein, aber dies wird möglicherweise nicht ausreichen, da die Rückstellungen für erwartete Verluste aus dem Kreditbestand eventuell nicht umfangreich genug sind und auch Puffer gegen Wertschwankungen bei den finanziellen Vermögenswerten notwendig sind. Der Rat KOMMT daher ÜBEREIN, dass weitere Arbeiten erforderlich sind, um die prozyklischen Effekte abzuschwächen, indem antizyklische Kapitalpuffer geschaffen werden, die in guten Zeiten angelegt werden und von denen in schlechten Zeiten gezehrt wird. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die antizyklischen Kapitalpuffer nicht als neue Mindestkapitalniveaus betrachtet werden, wenn sich die Bedingungen verschlechtern, und dass sie nicht auf das aufsichtsrechtlich geforderte Eigenkapital angerechnet werden, damit die Banken in schlechten Zeiten auf die in guten Zeiten angelegten Puffer zurückgreifen können. Der Ausschuss der europäischen Bankaufsichtsbehörden (CEBS), der Ausschuss der europäischen Aufsichtsbehörden für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (CEIOPS) und der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht arbeiten derzeit an diesbezüglichen Vorschlägen. Der Rat BEGRÜSST darüber hinaus die Bemühungen, die die Kommission unternehmen will, um einfache, nicht risikobasierte Metriken einzuführen, die ein nicht tragfähiges Bilanzwachstum beschränken und zur Eindämmung der Prozyklizität beitragen könnten.

7. Der Grundsatz des beizulegenden Zeitwerts hat sich zwar prinzipiell bewährt, aber die Krise hat aufgezeigt, dass bei der derzeitigen Bewertung bestimmter finanzieller Vermögenswerte (Positionen im Wertpapierhandel) möglicherweise die Risiken in guten Zeiten zu gering eingeschätzt und in schlechten Zeiten überbewertet werden, zum Beispiel wenn 1) Finanzinstrumente, die sich nicht für eine Bewertung zum beizulegenden Zeitwert eignen, doch zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, 2) Marktpreise verwendet werden, wenn die Märkte illiquide sind, und 3) die mittels der Modelle festgelegten Preise zu stark auf den Preisen illiquider Märkte beruhen. Die Bewertung zu Marktpreisen vieler Kategorien von Finanzinstrumenten sollte überprüft und gegebenenfalls angepasst werden – mit besonderer Berücksichtigung der Unsicherheit der Bewertungen, der Realität des Geschäftsmodells der Banken, der Halteperioden und der tatsächlichen Liquidität der Märkte. Der Rat UNTERSTÜTZT diese Ansichten und das Ziel einer Änderung der einschlägigen Rechnungslegungsvorschriften und weist ferner auf das Ziel hin, auf weltweiter Ebene ein einziges Regelwerk für die Rechnungslegung zu erreichen und die Verwaltung der Verfahren zur Festlegung von Standards zu verbessern.

8. Der Rat BEGRÜSST die Zusage des IASB, die Rechnungslegungsvorschriften für wertgeminderte Finanzinstrumente bald zu überprüfen. Zu diesem Zweck und zur Gewährleistung einer Gleichbehandlung mit den US-amerikanischen Finanzinstituten, APPELLIERT der Rat an das IASB, die Vorschrift IAS39 rasch und rechtzeitig für die Erstellung der Jahresabschlüsse für 2009 zu ändern, einschließlich aller Fragen, die die Kommission im Oktober 2008 ermittelt hat. Der Rat FORDERT das IASB ferner NACHDRÜCKLICH AUF, in einem zweiten Schritt eine umfassendere Überprüfung der Vorschrift IAS39 vorzunehmen und dabei das Ziel der weltweiten Konvergenz im Hinblick auf die Rechnungslegung für Finanzinstrumente zu berücksichtigen, wie im Kommuniqué der G20 gefordert.

9. Der Rat IST SICH BEWUSST, dass die Vergütungsregelungen von Finanzunternehmen zu den prozyklischen Effekten beigetragen haben, aufgrund unangemessener Boni, kurzfristiger Sichtweisen und einer mangelhaften Risikoerfassung. Der Rat BEGRÜSST die Arbeiten des FSB auf internationaler Ebene sowie die ehrgeizigen Prinzipien des CEBS für die Vergütungspolitik und die jüngsten Empfehlungen der Kommission. Der Rat FORDERT die Mitgliedstaaten NACHDRÜCKLICH AUF, diese Empfehlungen im Hinblick auf die Behebung der genannten Mängel umzusetzen, und zwar durch eine stärkere Verknüpfung zwischen Leistung und Vergütung, durch die Förderung eines Gleichgewichts zwischen lang- und kurzfristigen Leistungskriterien und durch eine bessere Verwaltung der Vergütungsverfahren, und er NIMMT die Absicht der Kommission ZUR KENNTNIS, Vorschläge für Änderungen der Eigenkapitalrichtlinie hinsichtlich der Vergütung im Bankensektor vorzulegen, die in vollem Einklang mit den laufenden Arbeiten auf internationaler Ebene stehen sollten.
10. Der Rat ist sich bewusst, dass neben den Maßnahmen zur Verhinderung einer künftigen Prozyklizität an den Finanzmärkten weiterhin kurzfristige Maßnahmen zur Bewältigung der derzeitigen Krise erarbeitet werden müssen. Der Rat ruft die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, ihre Arbeiten zu beschleunigen und rasch Fortschritte bei der Bekämpfung der prozyklischen Effekte von Regulierungsnormen zu erzielen, z.B. in Bezug auf Eigenkapitalanforderungen und wertgeminderte Vermögenswerte.
11. Der Rat FORDERT die Europäische Kommission AUF, in Abstimmung mit den laufenden Entwicklungen auf internationaler Ebene Vorschläge für die weitere Verfolgung dieser Ziele und für das Angehen des Problems der Prozyklizität vorzulegen."

STABILITÄTS- UND WACHSTUMSPAKT

Verfahren bei einem übermäßigen Defizit: Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen und Rumänien

Der Rat hat Verfahren wegen übermäßiger Defizite für Lettland, Litauen, Malta, Polen und Rumänien eröffnet und in diesem Zusammenhang Empfehlungen für Maßnahmen zur Korrektur des Defizits ausgesprochen, und er hat eine überarbeitete Empfehlung für Maßnahmen zur Korrektur des übermäßigen Defizits an Ungarn gerichtet.

Er hat gemäß Artikel 104 Absatz 6 des Vertrags Entscheidungen über das Bestehen übermäßiger öffentlicher Defizite in Lettland, Litauen, Malta, Polen und Rumänien angenommen; in diesen Mitgliedstaaten wurde im Jahr 2008 der im Vertrag festgelegte Referenzwert von 3 % des Defizits im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) überschritten.

Der Rat hat gemäß Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags Empfehlungen für Maßnahmen angenommen, die von den fünf Mitgliedstaaten zu ergreifen sind, um ihre Defizite unter die Schwelle von 3 % des BIP zurückzuführen; ferner hat er eine Empfehlung für einen geänderten Zeitplan für die Korrektur des Defizits in Ungarn angenommen. Im Fall Ungarns wurde bereits ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits eröffnet.

In seinen Empfehlungen hat der Rat für alle sechs Mitgliedstaaten den 7. Januar 2010 als Frist für die Korrekturmaßnahmen festgelegt.

Aufgrund der von der Kommission in ihrer wirtschaftlichen Vorausschau vom Frühjahr 2009 aufgestellten Prognosen fordert der Rat Lettland auf, sein Defizit bis 2012 auf unter 3 % des BIP zurückzuführen; das Gleiche fordert er von Litauen bis 2011, von Malta bis 2010, von Ungarn bis 2011, von Polen bis 2012 und von Rumänien bis 2011.

Gegen Ungarn läuft seit Juli 2004 ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits; zu diesem Zeitpunkt erteilte der Rat auch eine Empfehlung gemäß Artikel 104 Absatz 7 des Vertrags. Der Rat erteilte weitere Empfehlungen gemäß Artikel 104 Absatz 7 im März 2005 und im Oktober 2006.

In der Empfehlung vom Oktober 2006 wurden Maßnahmen zur Korrektur des ungarischen Defizits bis 2009 dargelegt. Angesichts des Konjunkturabschwungs ist dies allerdings kein realistisches Ziel mehr.

Für weitere Einzelheiten siehe Pressemitteilung Dok. [11744/09](#).

Jährliche Aktualisierungen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten

Der Rat hat Stellungnahmen zu einer Reihe der alljährlich vorzulegenden Aktualisierungen der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten angenommen.

Die Stellungnahmen betreffen

- aktualisierte Stabilitätsprogramme Belgiens (*Dok. [9235/09](#)*), Österreichs (*Dok. [9157/09](#)*) und Sloweniens (*Dok. [9677/09](#)*), und ein Stabilitätsprogramm der Slowakei (*Dok. [9844/09](#)*);
- ein aktualisiertes Konvergenzprogramm Rumäniens (*Dok. [11375/09](#)*).

Im Rahmen des EU-Stabilitäts- und Wachstumspakts müssen die Mitgliedstaaten, die den Euro eingeführt haben, ein Stabilitätsprogramm und die Mitgliedstaaten, die die gemeinsame Währung nicht eingeführt haben, ein Konvergenzprogramm durchführen. Dadurch sollen gesunde öffentliche Finanzen als Mittel zur Verbesserung der Voraussetzungen für Preisstabilität und nachhaltiges Wachstum, das der Schaffung von Arbeitsplätzen förderlich ist, sichergestellt werden.

Die Stellungnahmen des Rates sind in folgenden Dokumenten enthalten: Belgien (*Dok. [11627/09](#)*), Österreich (*Dok. [11628/09](#)*), Rumänien (*Dok. [11631/09](#)*), Slowakei (*Dok. [11630/09](#)*) und Slowenien (*Dok. [11629/09](#)*).

SONSTIGES**Mittelfristige Haushaltsziele**

Der Rat hat Kenntnis genommen von den vom slowenischen Minister aufgeworfenen Aspekten im Zusammenhang mit der Frage, wie die Mitgliedstaaten ab Herbst 2009 bei der Festlegung der mittelfristigen Ziele für ihre einzelstaatlichen Haushaltspläne vorgehen sollten.

Die neue Vorgehensweise war in dem Verhaltenskodex von 2005 zur Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU gefordert worden, um zu gewährleisten, dass die Haushaltsstrategien der Mitgliedstaaten dem tatsächlichen mittelfristigen Bedarf entsprechen, indem nicht allein die Defizite, sondern auch die impliziten Verbindlichkeiten, vor allem die mit der Alterung der Bevölkerung einhergehenden Kosten – und dabei in erster Linie die voraussichtlichen Gesundheits- und Rentenausgaben –, berücksichtigt werden.

TREFFEN AM RANDE DER RATSTAGUNG

Am Rande der Ratstagung fanden folgende Treffen statt:

– ***Eurogruppe***

Die Minister der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsraums sind am 6. Juli 2009 zu einer Sitzung der Eurogruppe zusammengetreten.

– ***Frühstückstreffen***

Die Minister haben bei einem gemeinsamen Frühstück die Mittel des Internationalen Währungsfonds, insbesondere die "Neuen Kreditvereinbarungen", einer Prüfung unterzogen. Zudem haben sie Kenntnis genommen von den Fortschritten beim "Fonds Marguerite", einem europäischen Investitionsfonds für Energie, Klimaschutz und Infrastruktur, der von der Europäischen Investitionsbank und anderen Finanzinstituten aufgelegt werden soll, sowie beim Investitionsrahmen der EU für die westlichen Balkanstaaten.

– ***Treffen der Finanzminister der Union für den Mittelmeerraum***

Die Minister sind mit ihren Kollegen aus den Mittelmeerländern zu einer Ministertagung der Union für den Mittelmeerraum zusammengetroffen. Sie haben einen Gedankenaustausch geführt über Maßnahmen, mit denen den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise begegnet werden soll, sowie über die Reformprogramme der EU- und der Mittelmeerländer und haben anschließend gemeinsame Schlussfolgerungen angenommen.

– ***Investitions- und Partnerschaftsfazilität Europa-Mittelmeer: Arbeitsessen der Minister***

Die Minister und ihre Kollegen aus den Mittelmeerländern haben während des Mittagessens eine Ministertagung der Investitions- und Partnerschaftsfazilität (FEMIP) abgehalten. Sie haben den Entwurf eines operativen Dreijahresplans einschließlich eines Beitrags der FEMIP zu den von der Union für den Mittelmeerraum festgelegten Prioritäten geprüft und die verschiedenen Optionen für die Struktur der künftigen Sitzungen des FEMIP-Ausschusses erörtert.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Garantieleistung zugunsten der EIB für Vorhaben außerhalb der EU

Der Rat hat einen Beschluss über eine Garantieleistung der EU für etwaige Verluste der Europäischen Investitionsbank (EIB) aus Darlehen und Darlehensgarantien für Vorhaben außerhalb der Gemeinschaft (*Dok. [3620/09](#)*) nach einer Einigung mit dem Europäischen Parlament in erster Lesung angenommen.

Die Garantie der EU deckt EIB-Finanzierungen, die zwischen dem 1. Februar 2007 und dem 31. Oktober 2011 unterzeichnet werden, bis zu einem Gesamtbetrag von 27,8 Milliarden EUR ab.

Verhaltenskodex für die Unternehmensbesteuerung

Der Rat hat Kenntnis genommen von einem Bericht der Gruppe "Verhaltenskodex (Unternehmensbesteuerung)" und die Gruppe ersucht, vor Ende des schwedischen Vorsitzes erneut Bericht zu erstatten.

JUSTIZ UND INNERES

Zivilrecht – Bilaterale Abkommen mit Drittstaaten

Der Rat hat Verordnungen angenommen zur Einführung von Verfahren für die Aushandlung und den Abschluss bilateraler Abkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten über

- die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen und Entscheidungen in Ehesachen, in Fragen der elterlichen Verantwortung und in Unterhaltssachen sowie das anwendbare Recht in Unterhaltssachen (*Dok. [9987/09](#)*); und
- das auf vertragliche und außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (*Dok. [3655/09](#) und [11191/09](#) ADD 1 REV 1*).

Diese Verordnungen gestatten den EU-Mitgliedstaaten, unter Wahrung des gemeinschaftlichen Besitzstands durch ein funktionelles und vereinfachtes Verfahren ein bestehendes Abkommen zu ändern oder ein neues Abkommen mit einem Drittstaat in bestimmten zivilrechtlichen Bereichen auszuhandeln und zu schließen.

Die Annahme der Verordnungen erfolgt im Anschluss an das vom Rat auf seiner Tagung vom 5. Juni 2009 erzielte Einvernehmen (*Mitteilung an die Presse* Dok. [10697/09](#)).

HANDELSPOLITIK

Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen gegen Einfuhren von Biodiesel aus den Vereinigten Staaten

Der Rat hat Verordnungen zur Einführung eines Antidumpingzolls (Dok. [11084/09](#)) und eines Ausgleichszolls (Dok. [11080/09](#)) auf die Einfuhren von Biodiesel mit Ursprung in den Vereinigten Staaten in die EU angenommen.

Durch diese Verordnungen werden die im März 2009 getroffenen vorläufigen Maßnahmen¹ für einen Zeitraum von fünf Jahren in endgültige Maßnahmen umgewandelt; dadurch soll der den Gemeinschaftsherstellern entstandene Schaden ausgeglichen werden.

Die Maßnahmen sind das Ergebnis einer Untersuchung der Kommission, die zu dem Schluss gelangte, dass Biodiesel aus den USA in der EU zu einem Preis unter Normalwert verkauft worden und in den Genuss staatlicher Subventionen gekommen ist, wodurch die europäischen Hersteller geschädigt worden sind. Das Verfahren, das zur Annahme dieser Verordnungen führte, war nach einer vom European Biodiesel Board im Namen der Gemeinschaftsindustrie eingereichten Klage eingeleitet worden.

Die Antidumpingzollsätze liegen zwischen 68,60 EUR pro Tonne und 198 EUR pro Tonne Reingewicht. Die Ausgleichszollsätze liegen zwischen 211,20 EUR pro Tonne und 237 EUR pro Tonne Reingewicht.

EU-Regelung für Einfuhren aus bestimmten Drittländern

Der Rat hat eine kodifizierte Fassung einer EU-Regelung für Einfuhren aus bestimmten Drittländern (Dok. [10347/09](#)) angenommen.

Die neue Verordnung ersetzt die verschiedenen Rechtsakte, die in die Verordnung Nr. 519/94 aufgenommen wurden; inhaltlich wurden jedoch keine Änderungen vorgenommen.

¹ Amtsblatt L 67 vom 12.3.2009.

ENERGIE**Europäisches Programm zur Konjunkturbelebung – Vorhaben im Energiebereich**

Der Rat hat eine Verordnung über ein Programm zur Konjunkturbelebung durch eine finanzielle Unterstützung der Gemeinschaft zugunsten von Vorhaben im Energiebereich angenommen und dabei alle Abänderungen des Europäischen Parlaments in erster Lesung übernommen (Dok. [3659/09](#), [11318/09](#) ADD1 REV1).

Diese Verordnung ist Teil des Europäischen Konjunkturprogramms, das der Europäische Rat auf seiner Tagung im Dezember 2008 als Reaktion auf die globale Finanzkrise und den wirtschaftlichen Abschwung gebilligt hatte (Dok. [17271/08](#)). Dieses Programm bietet einen Rahmen für Maßnahmen, die jeder Mitgliedstaat entsprechend seiner spezifischen Situation ergreift, und benennt eine Reihe von Maßnahmen, die auf EU-Ebene zu ergreifen sind.

Die Verordnung zielt auf die Belebung der Konjunktur in der Gemeinschaft, die Bewältigung der Anforderungen an die Energieversorgungssicherheit und die Minderung der Treibhausgasemissionen durch Ausgabensteigerungen in bestimmten strategischen Sektoren ab.

Sie führt 47 Projekte mit dem entsprechenden Gemeinschaftsbeitrag auf; für die Umsetzung der Projekte in den Jahren 2009 und 2010 ist eine Gesamtfinanzausstattung in Höhe von 3,980 Mrd. EUR bei folgender Aufteilung vorgesehen:

18 Gasinfrastrukturvorhaben: 1,440 Mrd. EUR;

9 Strominfrastrukturvorhaben: 910 Mio. EUR;

2 Vorhaben für kleine Inseln: 15 Mio. EUR;

5 Offshore-Windenergievorhaben: 565 Mio. EUR;

13 Kohlenstoffabscheidungs- und -speicherungsvorhaben: 1,050 Mrd. EUR.

Für jedes dieser Vorhaben werden die spezifischen Vorschläge – insbesondere was die Umsetzung der Vorhaben vor Ort anbelangt – Verwaltungsausschüssen unterbreitet, die prüfen, ob die Vorschläge die in der Verordnung festgelegten Auswahlkriterien erfüllen, wobei die Ausgereiftheit des Vorhabens und mangelnder Zugang zu Finanzmitteln die wichtigsten Kriterien sind. Da der Impuls sofort erfolgen muss, müssen alle rechtlichen Verpflichtungen zur Ausführung der Mittelbindungen in den Jahren 2009 und 2010 vor dem 31. Dezember 2010 eingegangen werden.

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft.

BINNENMARKT

Zwei- und dreirädrige Kraftfahrzeuge – Typgenehmigung

Der Rat hat kodifizierte Fassungen geltender Richtlinien über die Typgenehmigung für zweirädrige oder dreirädrige Kraftfahrzeuge angenommen, um diese Richtlinien klarer zu formulieren und zu vereinfachen.

Diese Richtlinien betreffen die Halteeinrichtung für Beifahrer (*Dok. [3626/08](#)*) und den Ständer (*Dok. [3625/08](#)*) von zweirädrigen Kraftfahrzeugen sowie die Kennzeichnung der Betätigungseinrichtungen, Kontrollleuchten und Anzeiger von zwei- und dreirädrigen Kraftfahrzeugen (*Dok. [3629/08](#)*).

Öffentliche Aufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit

Der Rat hat eine Richtlinie über die Auftragsvergabe in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit angenommen, mit der die Öffnung und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Verteidigungsmärkte verbessert werden sollen (*Dok. [3609/09](#) und [11134/09](#) ADD 1 REV 3*).

Die Richtlinie wird die derzeitige Fragmentierung in der Regulierung in diesem Bereich reduzieren und den Wettbewerb und die Transparenz stärken und somit die europäischen Unternehmen – die kleinen und mittleren Unternehmen einbegriffen – in die Lage versetzen, Angebote in der gesamten EU abzugeben.

Gemäß den für die Beschaffung von Waffen, Munition und Kriegsmaterial geltenden neuen harmonisierten Regeln beschränken sich die Ausnahmen, nach denen die Mitgliedstaaten den Zugang zur öffentlichen Auftragsvergabe einschränken können, nunmehr auf bestimmte Fälle wie diejenigen, in denen nationale Sicherheitsinteressen berührt werden. Die Neuregelung trägt den besonderen Merkmalen des Marktes, nämlich der Informations- und Versorgungssicherheit, Rechnung.

Diese Richtlinie gilt für Aufträge, deren geschätzter Wert 412 000 EUR bei Liefer- und Dienstleistungsaufträgen und 5 150 000 EUR bei Bauaufträgen nicht unterschreitet.

Sie ist in Verbindung mit der Richtlinie zur Vereinfachung der innergemeinschaftliche Verbringung von Verteidigungsgütern (Mitteilung an die Presse *Dok. [8713/09](#)*, Seite 20) zu sehen, die der Rat am 23. April 2009 angenommen hat.

EUROPÄISCHER WIRTSCHAFTSRAUM

Ausweitung der Programme EGNOS und Galileo auf Island und Norwegen

Der Rat hat den Entwurf eines Beschlusses gebilligt, mit dem die Grundverordnung der Europäischen Satellitenprogramme (EGNOS und Galileo) in das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) aufgenommen werden soll, und vereinbarte, dem Gemeinsamen EWR-Ausschuss den Beschluss zur Annahme zu übermitteln (*Dok.* [10686/09](#)).

Der Text soll Norwegen und Island eine Teilnahme an allen EGNOS- und Galileo-Aktivitäten gestatten. Die Teilnahme Islands an den Programmen wird aber aufgrund wirtschaftlicher Zwänge vorübergehend ausgesetzt. Es ist vorgesehen, dass der Beschluss rückwirkend ab 1. Januar 2009 gilt.

BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten

Der Rat hat eine Entscheidung über die Leitlinien 2009 für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten angenommen (*Dok.* [10421/09](#)).

Der Rat hat ungeachtet der Wirtschaftskrise beschlossen, die im vergangenen Jahr verabschiedeten Leitlinien beizubehalten, da sie auch als Instrument zur Bewältigung der unmittelbaren Herausforderungen, nämlich wachsender Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung, genutzt werden können (z. B. durch Flexicurity-Strategien, die den Übergang zur Arbeit durch Abgleichung von Arbeitsangebot und -nachfrage und die Verbesserung der Qualifikationen erleichtern).

Außerdem werden die Mitgliedstaaten durch diese Leitlinien zu Strukturreformen ermutigt, die zur Überwindung der Krise beitragen sollten.

LANDWIRTSCHAFT

Handelsregelung der EU für Eialbumin und Milchalbumin

Der Rat hat eine kodifizierte Fassung der Verordnung über die gemeinsame Handelsregelung für Eialbumin und Milchalbumin angenommen (*Dok. [10357/09](#)*). Die neue Verordnung ersetzt die verschiedenen Rechtsakte, die in die Verordnung Nr. 2783/75 aufgenommen wurden; inhaltlich wurden jedoch keine Änderungen vorgenommen.

FISCHEREI

Bestandserhaltungsmaßnahmen – Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik

Der Rat hat eine Verordnung mit Bestandserhaltungs- und Kontrollmaßnahmen für den Regelungsbereich der Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik (NAFO) angenommen (*Dok. [10150/09](#)*).

Mit dem Text wird die Verordnung Nr. 1386/2007 geändert; ferner trägt er den von der NAFO auf ihrer 30. Jahrestagung im September 2008 verabschiedeten Änderungen ihrer Bestandserhaltungs- und Kontrollmaßnahmen Rechnung. Diese Änderungen betreffen Maßnahmen in Bezug auf die Grundfischerei, Sperrgebiete zum Schutz von Seemounts, Kennzeichnungsaufgaben und zusätzliche Hafenstaatmaßnahmen.

TRANSPARENZ

Transparenz – Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten

Der Rat hat folgende Texte angenommen:

- die Antwort auf den Zweitantrag 16/c/01/09 von Herrn Christian SYRIER gegen die Stimmen der niederländischen, der finnischen und der schwedischen Delegation (*Dok. [10539/09](#)*);
- die Antwort auf das Schreiben des Europäischen Bürgerbeauftragten an den Rat betreffend die Beschwerde 1170/2009/KM von Herrn Klaus-Dieter SOHN (*Dok. [11012/09](#)*).

ERNENNUNGEN

Ausschuss der Regionen

Der Rat hat einen Beschluss angenommen, mit dem

- a) als Mitglieder im Ausschuss der Regionen
 - Herr Geert BOURGEOIS, Vlaams Volksvertegenwoordiger (Wechsel des Mandats),
 - Herr Luc VAN DEN BRANDE, Voorzitter Vlaams-Europees Verbindingsagentschap (Wechsel des Mandats),
 - Herr Gilbert BOSSUYT, burgemeester Menen (Wechsel des Mandats),
 - Herr Patrick LACHAERT, gemeenteraadslid Merelbeke (Wechsel des Mandats)
- b) als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen
 - Herr Marc VAN DEN ABEELEN, burgemeester van Aartselaar (Wechsel des Mandats),

für die verbleibende Amtszeit, d.h. bis zum 25. Januar 2010, ernannt werden.

SCHRIFTLICHES VERFAHREN

Gericht erster Instanz

Der Rat hat Änderungen der Verfahrensordnung des Gerichts erster Instanz gebilligt.
